

Bleiberecht für alle!

Demonstration gegen Abschiebungen und staatlichen Rassismus

Bleiberecht für traumatisierte Flüchtlinge

Bleiberecht für Familie Yildiz



Demonstrationen

23. Juli in Ludwigshafen 14 Uhr Ausländerbehörde

11. August in Neustadt 10.30 Uhr Hauptbahnhof

www.gegen-diskriminierung.de

Das Asylrecht wurde 1993 in der Bundesrepublik faktisch abgeschafft. Seitdem werden Flüchtlinge immer stärker ausgegrenzt und enteignet. Die beiden Regierungen unter Kanzler Kohl und Schröder haben in Europa die Vorreiterrolle bei der Flüchtlingsabwehr, beim Bau der Festung Europa übernommen. Die Konsequenzen sind äußerst inhuman und erschreckend:

So sind beim Versuch, in ein europäisches Land zu flüchten, seit 1993 insgesamt mehr als 5000 Menschen zu Tode gekommen.

Im Zeitraum von 1993 bis Ende 2003 starben mindestens 145 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik oder an ihren Grenzen, 121 Menschen



Trauriger Alltag für viele. Unschuldige im Knast, warten auf die Abschiebung

töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Seit 1993 wurden über 300.000 Menschen in ihre Herkunfts- oder

andere Länder abgeschoben. Schon vor Jahren bezeichnete Pro Asyl die Abschiebehaf, die bis zu einem Jahr dauern kann und die Abschiebungen als organisierte Unmenschlichkeit. Das Hauptmerkmal dieser repressiven Politik ist die

Abschiebehaf bedeutet für viele das Warten auf Armut, Folter oder sogar den Tod. Menschen, die kein Verbrechen begangen haben, sitzen hinter Gittern. In Mannheim steht der größte Abschiebeknast Baden-Württembergs. Zur Zeit befinden sich dort etwa 100 Menschen. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es einen Abschiebeknast. In Ingelheim ist Platz für 150 Personen. Isoliert von einander leben die Menschen dort in ihren Zellen. Sie dürfen täglich eine Stunde an die frische Luft, was praktisch bedeutet in einem Käfig hinter meterhohen Mauern, bewacht von Wärtern mit scharfen Hunden, ihre Runden zu drehen.

Kriminalisierung der Flüchtlinge, was gerade auch durch permanente Razzien und Kontrollen vor den Augen der Mehrheitsbevölkerung ganz offen zum Ausdruck kommt.

Der Kurs der Flüchtlingsbekämpfung wurde unter Innenminister Schily rigide fortgesetzt. Das lange diskutierte neue Zuwanderungsgesetz beinhaltet für viele Flüchtlinge überhaupt keine Verbesserung. Im Gegenteil: Seitdem das Gesetz in Kraft getreten ist, wird immer häufiger langjährig geduldeten Flüchtlingen, die arbeiten konnten die Arbeitslaubnis entzogen. Dadurch wird ihr Aufenthaltsstatus noch verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund ist die unsensible und elementare die Menschenrechte verletzende Politik gegenüber traumatisierten Flüchtlingen - das sind meist unmittelbar Gefolterte - keine Ausnahmeerscheinung sondern logische Konsequenz.

Es wird geschätzt, dass mindestens ein Drittel der Geflüchteten Traumatisierte

>>

sind. Ihre Gesundheit ist physisch und psychisch oft schwer beeinträchtigt. Von den ihnen zugefügten Leiden werden sie ihr ganzes Leben verfolgt. Die Angst vor der Polizei und vor Abschiebung in ihre Herkunftsländer, wo sie häufig gefoltert wurden und wo ihnen erneut Gefängnis, Folter und sogar Tod drohen, begleiten sie ständig. Repressive und besonders unsensible Behandlung durch Behörden, Gerichte und Polizei können eine Re-Traumatisierung hervorrufen, die sie ihre im Herkunftsland erlittenen Qualen gleichsam ein zweites Mal erleben lässt.



Aus nächster Nähe haben wir dies vor kurzem bei einer Asyl-Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Neustadt am 19. Mai dieses Jahres wahrgenommen: Der Vater der in Ludwigshafen lebenden Familie Yildiz wurde re-traumatisiert, als er vor dem Richter auf die erlittene Folter zu sprechen kam.

In diesem Zusammenhang ist aufschlussreich, dass seit geraumer Zeit ärztliche Gutachten vorliegen, die eindeutig die Traumatisierung bei Vater und Tochter belegen. Beide sind wegen der Verfolgung längere Zeit hier in der BRD in stationärer Behandlung gewesen. Der Vater muss weiterhin behandelt werden.

.....
Kontakt:

Email: akantifa@juz-mannheim.de
www.gegen-diskriminierung.de
www.akantifa-mannheim.de

Bündnis gegen Abschiebungen
c/o JUZ, Postfach 12 19 65
68070 Mannheim

V.i.S.d.P.: Hannelore Weiss, H7,2 68159 Mannheim

Aus diesen und ähnlichen uns empörenden Erfahrungen, die wir auch bei anderen Flüchtlingen machen konnten, haben wir die Konsequenz gezogen, dass wir für traumatisierte Flüchtlinge ein sofortiges Bleiberecht verlangen. Unsensible Befragungen, fortgesetzte Angst vor Abschiebung und entwürdigende Behandlung verschlimmern die Situation der Betroffenen und sind ihnen nicht mehr länger zuzumuten. Widerstand hiergegen müsste eigentlich für viele Menschen selbstverständlich sein!

Unabhängig vom weiteren Verlauf eines gerichtlichen Verfahrens fordern wir daher ein sofortiges uneingeschränktes Bleiberecht für die gesamte Familie Yildiz!

Wir werden darüber hinaus unseren Kampf für ein sofortiges Bleiberecht für alle traumatisierten Flüchtlinge intensivieren!

Wir fordern aber auch ein Bleiberecht generell für Flüchtlinge. Wir wollen, dass die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge bekämpft werden. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir den Kampf der Flüchtlinge für gleiche Rechte und gegen ihre Ausgrenzung und Diskriminierung verbinden mit den anderen Kämpfen für eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Herrschaft!

Termine der Bleiberechts-Kampagne

Infoveranstaltung in Ludwigshafen

Mittwoch, 13. Juli, 19.30 Uhr
Aula der Ev. Fachhochschule, Maxstr. 29

Infoveranstaltung in Mannheim

Donnerstag, 14. Juli, 20.00 Uhr
JUZ in Selbstverwaltung am Neuen Messplatz

Infoveranstaltung in Landau

Dienstag, 19. Juli, 20.00 Uhr
Unikneipe Fatal, Am Fort 6

Demonstration in Ludwigshafen

Samstag, 23. Juli, 14.00 Uhr
Treffpunkt vor der Ausländerbehörde
Marienstr. 8, Ludwigshafen Hemshof

Demonstration in Neustadt

Donnerstag, 11. August, 10.30 Uhr
Treffpunkt vor dem Hauptbahnhof
Demonstration zum Verwaltungsgericht
Danach Asyl-Verhandlung von Familie Yildiz im
Verwaltungsgericht
Beginn 12.15 Uhr